

DAS MAGAZIN DER GEWERKSCHAFT PRO-GE

Ausgabe 2/2019

Glück auf!

Frühjahrslohnrunde:

*Hohe Lohnabschlüsse
in der Industrie*

Betriebsreportage:

*Weltberühmte Schnitten
aus Wien*

Bessere Politik für ArbeitnehmerInnen

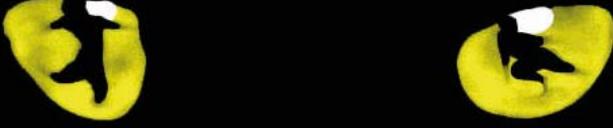
So geht's aufwärts!

PRO-GE

EXKLUSIV für MITGLIEDER

EVENTS & TICKETS

Ermäßigte Kartenpreise in der ÖGB-Kartenstelle



MITTWOCH, 23.10.2019

Eine Legende kehrt zurück! Ab Herbst 2019
im Ronacher Theater in Wien

CATS

***-20%**



Das MädI aus der VORSTADT
von Johann Nestroy

Kobersdorf
4. bis 28. Juli, 20.00 Uhr

-12%



wkf

WIENER Kabarett Festival

Festsaal im Wiener Rathaus
22. bis 27. Juli 2019



Carmen
Das Musical

**Musicalsommer
Winzendorf Steinbruch**

von 27. Juni bis
21. Juli 2019

-15%

TRAUMSCHIFF
alles läuft schief

Ein Desastrical von
Christian Deix & Oliver Lendl

**Kultursommer
Laxenburg**
von 22. Juni bis
18. August 2019



-10%



STOMP
...KOMMT!

Oper Graz:
2. bis 7. Juli 2019

Der Kassenmagnet aus
London und New York
kommt nach
Österreich!

-10%

kartenstelle.oegb.at

* 5% Ermäßigung an allen anderen Spieltagen

** Exklusiv für ÖGB-Mitglieder 1 Glas Hochriegl GRATIS



SHOPPING & MORE

Vergünstigungen mit deiner PRO-GE Card



Österreichs einziges
2-THERMENRESORT

Mit der Heiltherme und der Hoteltherme Quellenoase ist das Quellenhotel direkt verbunden.

bis zu
-80%

www.heiltherme.at



Juwelier HÜBNER

Baume & Mercier zählt zu den renommierten Schweizer Uhrenherstellern. Wir bieten für ausgewählte Modelle beider Marken -25 %

-25%



RAINER Motorrad-Angebot
Yamaha Tricity 125

- Aktionspreis (-31,4 %) € 3.290,00
- Bis zu 20 % Rabatt auf den Listenpreis bei Zubehör und Kleidung
- Gratis GIVI-Helm im Wert von € 90,-
- Verlängerte Gewährleistung auf 4 Jahre

*** -31%**



PIERER
ALMWELNESS HOTEL
★★★★
SUPERIOR

Auf 1.230 Höhenmetern im Naturpark Almenland erlebt man sprichwörtlich Urlaub auf höherer Ebene!

www.hotel-pierer.at

**** -10%**



DIE BARBARA
Hotel am WM-Park Planai

Steirische Gastfreundschaft.
Persönlicher Service.
Zentrale Lage.

www.diebarbara.at

***** -15%**



GRAND TOURS
grandtours.at

DEIN REISEVERANSTALTER

Bei Grand Tours können Sie Reisen von allen großen und **seriösen Reiseveranstaltern** auswählen und buchen!

Wir haben immer das passende Angebot zum **Bestpreis!**

www.grandtours.at/sonderkonditionen



preisvorteil.proge.at

* Ansprechpartner Megastore Süd: Christian Seidl, E-Mail: christian.seidl@rainer.co.at
Megastore Nord: Peter Cerer, E-Mail: peter.cerer@rainer.co.at

** auf eine Buchung von mind. 2 Nächten
*** auf alle regulären Zimmerpreise

Inhalt



FÜR WOHLSTAND UND FORTSCHRITT

Damit es in Österreich allen nachhaltig besser geht, braucht es mehr Politik im Sinne der ArbeitnehmerInnen. Die „Glück auf!“ präsentiert sechs Vorschläge für die wirtschaftliche und soziale Weiterentwicklung des Landes.

Seiten 6 bis 9

Kommentar

Warum wir die AK vor Türkis-Blau schützen müssen Seite 5

Sezonieri-Kampagne

Die PRO-GE engagiert sich für ErntehelferInnen Seiten 10 und 11

KV-Verhandlungen Privatforste

Die Beschäftigten wehren sich gegen Arbeitgeber-Blockade Seite 13

Frühjahrslohnrunde 2019

Abschlüsse in einigen der größten Industriebranchen..... Seiten 14 und 15

Tradition in Rosa

Die „Glück auf!“ besucht Manner in Wien Seiten 16 und 17

Jugendvertrauensrat

PRO-GE Jugend startet neue Kampagne Seite 18

„Housing for All“

Europäische Bürgerinitiative fordert: Wohnen muss leistbar bleiben Seite 19

Jubiläum

20 Jahre Wiener Memorandum Seite 19

Achtung Kamera

Die besten Fotos von den PRO-GE Events Seite 20

Kündigungsanfechtung

PRO-GE hilft einem Maschinenschlosser zu seinem Recht Seite 21

Preisrätsel und Cartoon

..... Seite 23

Aktuelle Zahl

1,50

Ein Glas Babynahrung kostet in etwa 1,50 Euro. Durch das neue Sozialhilfegesetz steht Familien für das dritte Kind genau dieser Betrag pro Tag zur Verfügung. Diese Maßnahme treibt immer mehr Menschen in die Armut, vor allem Kinder werden ihrer Chancen beraubt. Doch damit nicht genug: Die 1,50 Euro reichen laut Regierung auch als Stundenlohn für AsylwerberInnen, die in Gemeinden Hilfstätigkeiten leisten. Acht Bundesländer haben sich gegen den Vorstoß von Innenminister Kickl ausgesprochen und wollen am bisherigen System festhalten. Denn eines ist klar: 1,50 Euro pro Stunde sind kein Lohn, sondern Ausbeutung. Arbeit ist mehr wert!

IMPRESSUM:

Glück auf! – Zeitschrift für Mitglieder der Gewerkschaft PRO-GE. ZVR-Nr.: 576439352. DVR-Nr.: 0046655. Herausgeber: Österreichischer Gewerkschaftsbund, Gewerkschaft PRO-GE, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1, (01) 534 44-69. Medieninhaber: Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes GmbH, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1; Tel.: (01) 662 32 96-0, Fax: (01) 662 32 96-39793, E-Mail: zeitschriften@oegbverlag.at, www.oegbverlag.at. Leitung: Mathias Beer. Chef vom Dienst: Mathias Beer. Redaktion (glueckauf@proge.at): Barbara Trautendorfer, Wolfgang Purer, Karin Prokop, Sabine Weinberger, Robert Wittek. Grafik & Layout: Peter-Paul Waltenberger, Niki Menger (Titel). Fotos: PRO-GE, Lisa Lux, Klaus Mitterhauser, Niewo, Geraldine Afritsch, René Keferböck, Markus Zahradnik. Cartoon: Bulcartoons. Hersteller: Leykam Druck-GmbH & Co KG, 7201 Neudörfel, Bickfordstraße 1. Redaktionsschluss der folgenden Ausgabe: 30. August 2019.

Offenlegung gemäß Mediengesetz, § 25: www.glueckauf.at/offenlegung

KURZ NOTIERT



Jubiläum: 100 Jahre ILO

Die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) feiert heuer ihren 100. Geburtstag. Sie ist eine Sonderorganisation der UNO und damit beauftragt, soziale Gerechtigkeit, Menschen- und Arbeitsrechte zu fördern. Die Kernarbeitsnormen der ILO (bspw. das Recht zu Kollektivvertragsverhandlungen oder das Verbot von Zwangsarbeit) sind in den 187 Mitgliedstaaten der ILO ein wichtiger Standard. Noch heuer will die ILO eine Konvention für den Kampf gegen Belästigung und Gewalt am Arbeitsplatz erarbeiten.

www.ilo.org

OECD-Studie: Mittelschicht schrumpft

In einer Studie hat die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) nachgewiesen, dass die Mittelschicht in den Industriestaaten schrumpft. Zur Mittelschicht zählt, wer zwischen 75 und 200 Prozent des nationalen Medianeinkommens zur Verfügung hat. Österreich liegt derzeit mit 67 Prozent Mittelschicht-Angehörigen noch über dem OECD-Schnitt von 61 Prozent. Tendenzen, die zum Rückgang der Mittelschicht beitragen, etwa steigende Wohnkosten, sind aber auch in Österreich zu bemerken. Haben die Haushalte 2005 im Durchschnitt noch 22 Prozent für Wohnen aufgewendet, waren es 2015 bereits 27 Prozent. Die OECD fordert höhere Vermögenssteuern, bessere Lohnabschlüsse und Maßnahmen für leistbares Wohnen.



Erfolg im Kampf gegen Briefkastenfirmen

Im EU-Parlament wurde ein wichtiger Erfolg im Kampf gegen Steuerflucht erzielt. Verlegt ein Unternehmen künftig in der EU seinen Sitz, dann müssen Firmenkonstruktionen von den Mitgliedstaaten verboten werden, die nur am Papier entstehen, um missbräuchlich Steuern, Sozialabgaben oder ArbeitnehmerInnenrechte zu umgehen. Ein Briefkasten als Firmensitz wird daher künftig ausgeschlossen. Gestärkt wurde auch die Stellung der Beschäftigten, sie müssen bei grenzüberschreitenden Restrukturierungen rechtzeitig informiert und konsultiert werden. Federführend verhandelt wurde das neue Regelwerk von der EU-Abgeordneten und Gewerkschafterin Evelyn Regner (Bild).



Rainer Wimmer,
Bundesvorsitzender
der PRO-GE

HÄNDE WEG VON DER ARBEITERKAMMER!

Die Beschäftigten in Österreich vertrauen ihrer Arbeiterkammer in höchstem Maße und sie haben in den ersten Monaten 2019 demokratisch entschieden, wer sie führen soll. Doch bereits unmittelbar nach Ende der Wahlen werden erste Giftpfeile von der türkis-blauen Bundesregierung abgeschossen, um den Boden für eine Schwächung der gesetzlichen ArbeitnehmerInnen-Interessenvertretung aufzubereiten. Diese fordern etwa das Aus für die Pflichtmitgliedschaft oder eine massive Senkung der AK-Umlage.

Solche Vorstöße sind wohl nur der Beginn einer heftigen Auseinandersetzung. Die Angriffe werden sehr bald stärker werden. Der Grund ist einfach: Die Wirtschaft hat es nicht gern, dass Beschäftigte ordentlich vertreten werden, denn ohne die Arbeiterkammer wären viele KollegInnen den Ungerechtigkeiten hilflos ausgeliefert: Nicht bezahlte Überstunden, fehlendes Urlaubsgeld, falsche Einstufungen oder ungerechtfertigte Entlassungen werden von der Arbeiterkammer täglich bekämpft. Insgesamt hat die AK zuletzt rund 530 Millionen Euro im Jahr für ihre Mitglieder erstritten.

Kürzt die Regierung also zum Beispiel die AK-Finanzierung, trifft das gerade jene, die auf die Rechtsberatung oder den KonsumentInnenschutz angewiesen sind. Dagegen wird die PRO-GE massiven Widerstand leisten. Die Arbeiterkammer gehört den ArbeitnehmerInnen und sonst niemandem – und sie wird von ihnen mit aller Kraft verteidigt werden. Also Hände weg von der Arbeiterkammer!

Glück auf!



**6 ANLEITUNGEN
FÜR MEHR CHANCEN
UND WOHLSTAND**

Politik für ArbeitnehmerInnen:

Die PRO-GE erklärt, was in den Bereichen Arbeitsmarkt und Konjunktur, Wirtschafts- und Steuerpolitik, ArbeitnehmerInnenrechte und Sozialstaat verbessert werden kann.

Berufliche Nachteile für Eltern bekämpfen

Absolute Priorität, weil es die Voraussetzung für eine wirkliche Chancengleichheit in der Arbeitswelt ist, hat ein flächendeckender, leistbarer Zugang zu Kinderbetreuungseinrichtungen. Abseits davon gibt es aber viele weitere Möglichkeiten, sozial- und familienpolitische Fortschritte zu setzen. So wurde in vielen Kollektivverträgen die Anrechnung von Karenzzeiten auf dienstzeitabhängige Ansprüche bereits umgesetzt.

Papamonat. Dennoch: Damit kein Elternteil Nachteile im Beruf erfährt, sollte rasch eine gesetzliche Regelung her. Gleiches gilt für den sogenannten Papamonat. In der Elektro-/Elektronikindustrie konnte die PRO-GE heuer einen Rechtsanspruch erreichen und das EU-Parlament hat bereits grünes Licht für eine Richtlinie gegeben, die Vätern nach der Geburt ihres Kindes europaweit einen Vaterschaftsurlaub von mindestens zehn Tagen garantiert. Die PRO-GE fordert daher rasch einen gesetzlichen Rechtsanspruch auf einen Papamonat.

ArbeitnehmerInnen rascher steuerlich entlasten

Das Wirtschaftswachstum geht etwas zurück und der private Konsum ist wieder einmal die Stütze der Konjunktur. Auch die WirtschaftsforscherInnen bestätigen, dass die von den Gewerkschaften erreichten Lohnabschlüsse das Wachstum stützen. Jetzt geht es darum, den Faktor Arbeit steuerlich wirklich zu entlasten. Die Regierung will die Lohnsteuertarife erst 2021 senken. Eine raschere Senkung wäre aber dringend notwendig und eine gute Chance, um vor allem kleineren und mittleren Einkommen spürbar zu helfen.

Fünf Milliarden. Allerdings steht die Bundesregierung auf der Bremse und das Volumen ist deutlich zu gering angesetzt. Aus Sicht der PRO-GE sollten mindestens fünf Milliarden – statt der vorgesehenen drei Milliarden – durch eine Tarifsenkung bzw. Erhöhung der Negativsteuer den ArbeitnehmerInnen und PensionistInnen zugutekommen. Auch die sozial gestaffelte (niedrige Einkommen sollten stärker berücksichtigt werden als höhere) Abschaffung der kalten Progression – also das Rutschen in höhere Steuerklassen – sollte so schnell wie möglich kommen. Bis jetzt will sich die Regierung mit einer möglichen Abschaffung bis nach der nächsten Nationalratswahl Zeit lassen.

Aus- und Weiterbildung forcieren

Im April waren rund 300.000 Menschen (exkl. SchulungsteilnehmerInnen) ohne Job. Davon sind etwa 100.000 über 50 Jahre alt und ca. 30.000 unter 25. Die PRO-GE fordert eine Rückkehr zur aktiven Arbeitsmarktpolitik. Denn bislang zeichnet sich die Bundesregierung mit Kürzungen des AMS-Budgets und der Streichung von Projekten wie dem Beschäftigungsbonus, der Aktion 20.000 oder der Kürzung der Förderung für Lehrlinge in überbetrieblichen Lehrwerkstätten aus. Hinzu kommen niedrigere Zugangsbeschränkungen für die Rot-Weiß-Rot-Card oder die Erhöhung des Saisonierskontingents. Das Gegenteil wäre angesichts dieser Arbeitslosenzahlen und des gleichzeitigen Fachkräftemangels sinnvoll – etwa ein gesetzlicher Anspruch auf berufsspezifische Weiterbildungsmaßnahmen und eine Bildungsfreistellung während der Arbeitszeit bei voller Entgeltfortzahlung.

Lehrlinge fördern. Verbesserungen der Arbeitsbedingungen zum Beispiel im Tourismus, in der Landwirtschaft oder am Bau und die konsequente Förderung der dualen Lehrausbildung würden Arbeitslosigkeit deutlich reduzieren. Das PRO-GE Modell: Jene Betriebe, die Lehrlinge ausbilden, sollen die Ausbildungskosten zu einem Gutteil ersetzt bekommen. Jene, die nicht ausbilden, aber trotzdem in den Ausbildungstopf einbezahlt haben, können am freien Arbeitsmarkt auf gut ausgebildete FacharbeiterInnen zugreifen.



Arbeitszeitverkürzung wagen

Die Gewerkschaften verhandeln mit aller Kraft Verbesserungen in die Kollektivverträge, die das beschlossene Arbeitszeitgesetz mit einer 60-Stunden-Woche abfedern – mit höheren Überstundenzuschlägen, bezahlten Pausen, Anrechnung von Umkleidezeiten, stärkeren Antrittsrechten für Zeitguthaben oder einem Rechtsanspruch auf eine 4-Tage-Woche. Auch das Erreichen der sechsten Urlaubswoche wird durch verbesserte Anrechnungen von Vordienzeiten in einigen Branchen nun rascher möglich sein.

Kürzere Vollzeitarbeit. Dennoch ist die Ausdehnung der möglichen Arbeitszeit gepaart mit einer schlechteren Mitbestimmung der ArbeitnehmerInnen weiterhin Gesetz. Zudem gibt es in Österreich das Phänomen von einerseits überlangen Arbeitszeiten im Bereich der männlichen Vollzeitbeschäftigten und andererseits werden oftmals Frauen in Teilzeitverträge gedrängt, ohne Chancen auf ein höheres Stundenausmaß. Für die PRO-GE wäre die beste Lösung eine allgemein kürzere Vollzeit bei vollem Lohnausgleich. Dies würde vielen ArbeitnehmerInnen bei der Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben entgegenkommen, gerade Frauen wären nicht mehr zur Teilzeitarbeit gezwungen. Die Lohnschere zwischen Männern und Frauen würde sich schneller schließen, Altersarmut und gesundheitliche Probleme würden verringert und Arbeit ließe sich fairer verteilen.

Gesundheitssystem nachhaltig absichern

Durch Zwangsfusion der Sozialversicherungsträger, vor allem durch die Zerstörung der Länderkrankenkassen befürchten die Gewerkschaften Mehrkosten von einer Milliarde Euro bis zum Jahr 2023. Hinzu kommen noch die Kosten der Fusion und Neuverträge. Verschärfend für die Versicherten außerdem, dass die sogenannte Selbstverwaltung abgeschafft wird, denn in der neuen ÖGK haben nicht mehr VertreterInnen der Versicherten das Sagen, sondern die Arbeitgeber- und Regierungsfractionen. Das wird über kurz oder lang zu Leistungskürzungen und Selbstbehalten führen. Damit es aber weiterhin eine leistbare und gute Gesundheitsversorgung gibt, pocht die PRO-GE vehement darauf, dass die Selbstverwaltung aller Sozialversicherungsträger wiederhergestellt und die Finanzierung auf eine breitere Basis gestellt wird. Eine Möglichkeit wäre die Einführung eines „Gesundheits-Euro“ pro geleisteter Überstunde.

Millionärssteuer. Eine weitere Finanzierungsalternative, die die demografischen Veränderungen mit weniger Erwerbstätigen, aber gleichzeitig steigender Wertschöpfung miteinbezieht, ist eine Abgabe auf die Wertschöpfung eines Unternehmens. Also weg von den Lohnkosten hin zu anderen Einkommen, die in einem Unternehmen geschaffen werden. Das können Gewinne, Zinsen, Investitionen, Maschinen, aber auch digitale Daten sein. Oder, wie es auch im Bereich der künftigen Pflegefinanzierung diskutiert wird, die Besteuerung von leistungslosen Einkommen. Mit mehr Steuern auf Kapitaleinkommen und Erbschaften sowie auf besonders hohe Einkommen könnte ein solcher bundesweiter Pflege- und Betreuungsfonds leicht finanziert werden.

Arbeitsplätze in Europa schützen

Eine generelle Senkung der Körperschaftssteuer wird den heimischen Wirtschaftsstandort nicht absichern. Es bleibt schlicht ein Steuergeschenk an Großkonzerne und führt zu einem verschärften Steuerwettbewerb innerhalb der EU, ohne dass es einen Nutzen für die vielen kleinen und mittleren Unternehmen oder gar für Arbeitsplätze hätte. Viel wichtiger wäre es, Investitionen zu fördern und für fairen Wettbewerb zu sorgen. Letzteres könnte man zum Beispiel durch mehr Kontrollen und saftige Strafen gegen Lohn- und Sozialdumping erreichen. Für die Bundesregierung hat allerdings der Kampf gegen Lohndumping keine Priorität. Daher ist es wichtig, dass jetzt die von den Gewerkschaften geforderte neue EU-Arbeitsmarktbehörde kommt. Diese wird sich zwar erst bewähren müssen, trotzdem ist es entscheidend, dass die Europäische Union in diesem Bereich aktiver wird.

Anti-Dumpingzölle. Ein gemeinsames Vorgehen wäre vor allem international mehr als vernünftig. Die EU-Wettbewerbsbehörden kontrollieren mit Argusaugen europäische Fusionen, damit es zu keiner marktbeherrschenden Konzentration kommt, dafür haben globale Weltmarktdominatoren leider wenig zu befürchten. In den letzten Jahren gefährdete zum Beispiel subventionierter Dumpingstahl aus China Hunderttausende Arbeitsplätze in Europa. Aktuell hat es ein chinesischer Weltmarktführer und halbstaatlicher Eisenbahnriese auf den europäischen Markt abgesehen. Wiederum sind Zigttausende Arbeitsplätze in Österreich und Europa gefährdet. Das heißt, die EU muss mehr für den Schutz heimischer Unternehmen und Arbeitsplätze tun und fairen Wettbewerb durchsetzen – wenn nötig mit harten Anti-Dumping-Zöllen und Sanktionen. Der Grundsatz muss lauten: Ja zu fairem Handel, nein zu unfairem Wettbewerb.



Landwirtschaft

Lohndumping auf dem Feld

Kaum jemand macht sich beim Gemüsekauf darüber Gedanken, dass hinter jedem Bund Radieschen, hinter jedem Krauthappel harte Arbeit steckt, die oftmals zu unfairen Bedingungen geleistet wird. Leidtragende sind ErntehelferInnen aus EU- oder Drittstaaten, die zu Billiglöhnen auf österreichischen Feldern arbeiten.

LINKTIPP:

Infos gibt es unter sezonieri.at

Die Spargelsaison hat begonnen und somit auch das Klagen der Landwirtschaft über fehlende ErntehelferInnen. Die schwarz-blaue Bundesregierung hat reagiert und das Saisonierskontingent für Arbeitskräfte aus Drittstaaten erhöht. Dabei gibt es in der Europäischen Union rund 230 Millionen Menschen im erwerbsfähigen Alter. Dennoch gelingt es der Landwirtschaft nicht, aus diesem Arbeitskräftepool einige Tausend ErntehelferInnen zu finden, die bereit sind, in Österreich zu arbeiten.

Waren bis vor wenigen Jahren vor allem ArbeiterInnen aus Rumänien, Ungarn oder Polen auf den Feldern anzutreffen, machen diese nun zunehmend einen Bogen um Österreich. Die Ursachen dafür sind vielfältig: Zum einen sinken in einigen dieser Länder die Arbeitslosenquoten, viele sind daher nicht mehr darauf angewiesen, sich ihr Geld durch Saisonjobs zu verdienen. Zum anderen sind aber auch die schlechten Arbeitsbedingungen und die geringe Entlohnung in Österreich Grund dafür, dass sich potenzielle Arbeitskräfte andere Länder für die Erntearbeit aussuchen. Die Landwirtschaftskammer spricht in diesem Zusammenhang von „Einzelfällen“ und „wenigen schwarzen Schafen“, für die Gewerkschaft PRO-GE hat sich aber in den vergangenen Jahren gezeigt, dass diese Ausbeutungssystem hat.

Beratung in verschiedenen Sprachen.

Die PRO-GE hat deshalb – gemeinsam mit anderen Organisationen – im Jahr 2014 die Sezonieri-Kampagne ins Leben gerufen. AktivistInnen gehen auf die Felder und nehmen mit den ErntehelferInnen Kontakt auf. Sie verteilen Info-Material in verschiedenen Sprachen, um

die Menschen über ihre Rechte aufzuklären. Ebenso gibt es die Möglichkeit, sich telefonisch beraten zu lassen, und auf einer eigenen Website stehen Informationen in sieben verschiedenen Sprachen zur Verfügung.

Dass der Einsatz wirkt, zeigt sich daran, dass es immer wieder gelingt, den ErntehelferInnen zustehende Nachzahlungen – etwa aus nicht korrekt bezahlten Überstunden oder zu hohen Abzügen für Kost und Logis – zu erstreiten.

Unterstützung für ErntehelferInnen

ErntehelferInnen sind nicht einfach zu erreichen. Man muss jene Felder finden, auf denen gerade geerntet wird. PRO-GE und Sezonieri-Kampagne suchen deshalb tatkräftige UnterstützerInnen. Hinweise, wo ErntehelferInnen gerade Feldarbeit leisten, helfen und tragen dazu bei, dass es in der Landwirtschaft menschenwürdig zugeht. Ebenso kann Hilfe bei der Verteilung von Info-Foldern geleistet werden.

Kontakt: agrار@proge.at oder unter 01/534 44-69605

Interview

„Diese Ausbeutung hat System!“

Sónia Melo ist Aktivistin der Sezonierte-Kampagne und Projektmitarbeiterin am ZEMIT, Zentrum für MigrantInnen in Tirol. Mit der „Glück auf!“ sprach sie über die Situation der ErntehelferInnen.



Die Bundesregierung hat das Saisonierskontingent für Arbeitskräfte aus den Drittstaaten erneut erhöht. Worin liegen die Ursachen, dass zu wenige EU-BürgerInnen als ErntehelferInnen kommen?

EU-BürgerInnen haben einen offenen Zugang zum Arbeitsmarkt, sind nicht bzw. haben nicht eine Beschäftigungsbewilligung gebunden an Branche und Betrieb. Sie können sich bessere Jobs aussuchen. Und da sind wir schon beim Problem angelangt: Erntearbeit ist sehr harte, schlecht bezahlte Arbeit. Wir wären aber schon froh, wenn die Löhne, die die Kollektivverträge vorschreiben – je nach Bundesland zwischen 6 und etwa 7,50 Euro netto pro Stunde –, eingehalten werden, was nicht der Regelfall ist. Dass Einheimische am Feld kaum anzutreffen sind, sagt schon alles. Etwa 90 Prozent der ErntearbeiterInnen sind MigrantInnen.

2014 wurde die Sezonierte-Kampagne ins Leben gerufen. Welche Verbesserungen konnten seither erzielt werden?

Wir streben strukturelle Verbesserungen an, diese sind innerhalb von fünf Jahren schwer zu erzielen. Noch schwieriger ist es, wenn der politische Wind dagegen weht. Doch es sind uns Fälle von Landwirten bekannt, die ihre ArbeiterInnen besser bezahlen, aus Angst vor Klagen

oder schlechtem Ruf. Zumindest ist das Bewusstsein in der Bevölkerung für faire Arbeit in der Landwirtschaft höher als vor fünf Jahren.

Immer wieder werden Fälle von Ausbeutung bekannt, vielen ErntehelferInnen wurden vor Gericht Nachzahlungen zugesprochen. Wie erreicht ihr die Menschen auf den Feldern?

Wir fahren auf Felder und verteilen mehrsprachiges Info-Material, in dem Grundrechte erklärt werden sowie Kontakte für muttersprachliche Beratung stehen. Es kommt immer wieder vor, dass uns das Verteilen durch Landwirte oder Vorarbeiter verboten wird. Dann hinter-

lassen wir die Folder vor den Unterkünften, unter den Scheibenwischern der Autos mit ausländischen Kennzeichen etc. Wir lassen uns von unkooperativen Landwirten nicht einschüchtern. Wenn sie es nicht erlauben, haben sie meist etwas zu verbergen. Zum Reden mit den KollegInnen kommen wir auf den Feldern nicht, denn sie arbeiten. Meist melden sie sich und wir machen ein Treffen irgendwo aus.

Auf welche Missstände trifft ihr bei eurer Arbeit am häufigsten? Sind dies Einzelfälle?

Die Liste der Missstände ist lang: Bezahlung unter dem KV, keine Abgeltung

von Sonderzuschlägen und Überstunden, unberechtigte Kündigung (Schwangerschaft, Krankheit), zu hohe, nicht KV-konforme Abzüge für Kost und Logis, manchen werden sogar Beträge für Arbeitswerkzeug vom Lohn abgezogen, aber auch unmenschlicher Umgang ist gang und gäbe. Das ist die Regel und nicht die Ausnahme. Ich kann an einer Hand die KollegInnen abzählen, die ich im Laufe der Jahre getroffen habe und bei denen alles korrekt abgelaufen ist. Diese Ausbeutung hat System. Der Preisdruck des Handels ist in Österreich hoch. Drei Konzerne bestimmen 85 Prozent des Marktes und können daher die Preise diktieren. Die Folge ist, dass die ProduzentInnen gezwungen sind, die Kosten so niedrig wie möglich zu halten, um am Markt zu überleben. Kostensenkung heißt, bei den Personalkosten zu sparen.

Welche Maßnahmen würdest du dir in den kommenden Jahren wünschen, um die Situation zu verbessern?

Wenn die Landwirtschaftskammer sagt, es fehlen ErntehelferInnen, dann sollten die Rahmenbedingungen dafür geschaffen werden, dass sie nicht mehr fehlen: eine attraktive Arbeit, bessere Löhne, bessere rechtliche Bedingungen, mehr Kontrollen vom Arbeitsinspektorat, aber auch von der Finanzpolizei – weil Lohndumping uns alle betrifft. Familienbeihilfe wieder erhöhen, den 12-Stunden-Tag einschränken usw. Also genau das Gegenteil, was diese Bundesregierung macht.

TCG Unitech

Erstmals seit 37 Jahren weibliche Betriebsratsvorsitzende

Kirchdorf/Krems (ÖÖ) – Seit 28 Jahren ist Roswitha Grammer bei TCG Unitech beschäftigt, seit 20 Jahren ist sie Betriebsrätin. Dass der Leitspruch „Nur gemeinsam sind wir stark“ nicht nur eine Floskel ist, bewies sie bereits vor der Wahl. Sie schaffte es, zwei Betriebsratsteams zu vereinen und gemeinsam zur Wahl anzutreten. Eine weitere Besonderheit im Betrieb: MitarbeiterInnen aus 24 Nationen sind hier tätig. „Das verlangt viel Aufklärungsarbeit und Hilfestellungen in zahlreichen persönlichen Gesprächen“, erzählt Grammer. Der Erfolg zeichnete sich bereits bei den beiden Betriebsversammlungen ab, an denen insgesamt 600 ArbeiterInnen teilgenommen hatten. Grammer folgt nun dem langjährigen Betriebsratsvorsitzenden Friedrich Pölguter.



Das Team um Roswitha Grammer (5. v. l.) wurde bei 70 Prozent Wahlbeteiligung mit 96 Prozent der Stimmen gewählt.

AK Wien

Digitalisierungsfonds: Jetzt Ideen einreichen!

Die AK Wien sammelt die besten Ideen für die digitale Arbeitswelt der Zukunft und fördert sie.



Mit dem AK-Digitalisierungsfonds Arbeit 4.0 werden Projekte gefördert, bei denen ArbeitnehmerInnen im Zentrum der Aufmerksamkeit stehen. Deine Initiativen, Impulse und Tools für mehr Mitsprache im Unternehmen, für innovative Gestaltung von Arbeitsplätzen und Abläufen oder auch für vorausschauende Weiterbildung sind gesucht! Die Projekte sollen anderen auch als Vorbild dienen und Impulse geben. Die vielversprechendsten Ideen werden über den Digitalisierungsfonds gefördert – allein heuer mit insgesamt vier Millionen Euro.

Alle Infos online

Auf www.wien.arbeiterkammer.at/digifonds finden sich Beispielprojekte zur Inspiration, Fragen zur Ideenfindung und Infos zur Förderungsvergabe. Außerdem unterstützen Leitfragen, erste Ideen zu skizzieren.

Das Büro für Digitale Agenden der AK Wien ist zudem jederzeit für Fragen und Diskussionen für alle InteressentInnen erreichbar (digifonds@akwien.at, 01/501 65-12398).

Schloss-Spiele Koberndorf 2019

„Das MädI aus der Vorstadt“ von Johann Nestroy

Wieder einmal wird auf der Bühne in Koberndorf der Sprachwitz von Johann Nestroy funkeln. Intendant Wolfgang Böck hat dessen Posse ausgewählt und wird als Privatdetektiv Schnoferl u. a. neben Katharina Stemberger, Karl F. Kratzl und Wolf Bachofner auf der Bühne stehen, Regie führt Beverly Blankenship.

Spielzeit: 2. Juli (Premiere) bis 28. Juli 2019 (Do.–So.)
Vorstellungsort: 7332 Schloss Koberndorf, Schlossgasse
Kartenpreise: 29 bis 51 Euro

ÖGB-Mitglieder erhalten im Vorverkauf gegen Vorlage der Mitgliedskarte zehn Prozent Ermäßigung auf jeweils zwei Eintrittskarten an Donnerstagen und Sonntagen; bei der ÖGB-Kartenstelle in Wien erhalten Gewerkschaftsmitglieder bis zu 12 Prozent ermäßigte Karten an ausgewählten Tagen.

Alle Infos und Kartenservice auf www.koberndorf.at
2x2 Karten gewinnen sie mit dem Preisrätsel auf Seite 23.



KV-Verhandlungen private Forstunternehmen

Harte Arbeit verdient faire Lohnerhöhungen!

Seit über drei Monaten geht bei den Kollektivvertragsverhandlungen der österreichischen Privatforste nichts weiter. Die Arbeitgeber sind aufgefordert, ihre Gesprächsverweigerung aufzugeben und an den Verhandlungstisch zurückzukehren. Gewerkschaft und BetriebsrätInnen werden den Kampf für faire Lohnerhöhungen jedenfalls nicht aufgeben.



Am 22. Jänner fand die zweite Runde der Kollektivvertragsverhandlungen für die rund 2.000 Arbeiterinnen und Arbeiter der privaten Forstunternehmen statt. Die Verhandlung blieb ohne Einigung – und ohne Fortsetzung. Denn die Arbeitgeberseite verweigert seither weitere Verhandlungen und hat stattdessen nur eine unverbindliche Empfehlung an die Unternehmen abgegeben, die Löhne um 2,4 Prozent zu erhöhen.

Protestmarsch. Eine daraufhin durchgeführte BetriebsrätInnenkonferenz Anfang Februar führte zu keinem Einlenken der Arbeitgeber. Daher riefen PRO-GE und BetriebsrätInnen zu einer Kundgebung in Bad Eisenkappl, Kärnten, auf. Hunderte ForstarbeiterInnen versammelten sich am 14. März und zogen in einem lautstarken Protestmarsch zum Betrieb von Johannes Thurn-Valsassina, dem Verhandlungsleiter der Arbeitgeber. Dabei kam es auch zu einem direkten Gespräch mit Thurn-Valsassina, das auf eine baldige Rückkehr zum Verhandlungstisch hoffen ließ.

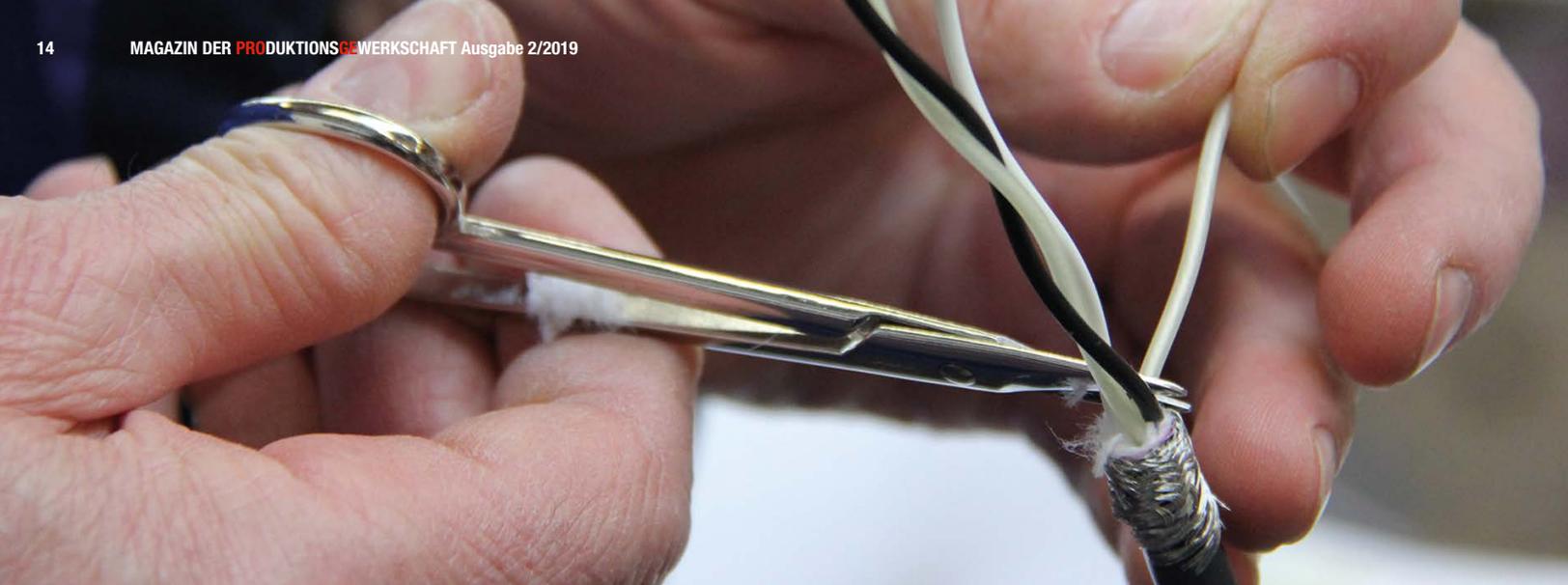


Mehr Bilder vom Protestmarsch auf [flickr.com/proge](https://www.flickr.com/photos/proge/).

Beschäftigte fordern Verhandlungen. Eine Hoffnung, die sich in den darauffolgenden Wochen einmal mehr nicht erfüllte, weshalb die Betriebsrätinnen und Betriebsräte bis Mitte April Betriebsversammlungen abhielten. In der bei den Versammlungen verabschiedeten Resolution werden die Arbeitgeber aufgefordert, mit einem deutlich verbesserten Angebot an den Verhandlungstisch zurückzukehren.



Kampf um mehr Respekt. „Die Solidarität unter den Beschäftigten ist groß“, berichtet Josef Reisenbichler, PRO-GE Verhandlungsleiter. „Wir werden gemeinsam dafür kämpfen, dass wir zu einer guten Lösung kommen.“



KV-Verhandlungen für 120.000 Industriebeschäftigte

Halbzeit bei der Frühjahrslohnrunde

Mit den Zielen kräftige Lohnerhöhungen und Korrekturen zum 12-Stunden-Tag ist die PRO-GE Anfang März in die industrielle Frühjahrslohnrunde 2019 gestartet. In der Papier-, Textil- sowie Elektro- und Elektronikindustrie wurden diese erfolgreich umgesetzt.

Die wirtschaftlichen Erfolge des vergangenen Jahres sollten sich auch in den Geldbörsen der Beschäftigten wiederfinden. Mit diesem Anspruch gingen PRO-GE und GPA-djp in die Frühjahrslohnrunde 2019. Den Anfang machten dieses Jahr die Verhandlungen für die rund 8.000 Beschäftigten der österreichischen Papier- und Pappenindustrie, die mit Lohnsteigerungen von 3,2 bis 3,4 Prozent auf kollektivvertragliche Mindestlöhne und auf Ist-Löhne sowie einer Mindest-erhöhung von 80 Euro erfolgreich abgeschlossen wurden. In der Textilindustrie sind als Teil des Stufenplans für 1.500 Euro Mindestlohn im Dezember die KV-Mindestlöhne außertourlich erhöht worden. Vereinbarungsgemäß wurden diese daher in den jetzigen regulären Verhandlungen nicht verändert, sehr wohl aber werden die Ist-Löhne um 2,8 bis 3,0 Prozent angehoben.

Elektro-/Elektronikindustrie

- KV-Mindestlöhne +3,4 Prozent
- Ist-Löhne +3,2 Prozent
- Neuer Mindestlohn 1.862,20 Euro
- Lehrlingsentschädigung im Schnitt +15 Prozent
- 100 Prozent Überstundenzuschlag ab 11. Std./Tag und 51. Std./Woche
- 15 Minuten bezahlte Pause bei langen Arbeitszeiten
- Nachtarbeitszulage und Zulage für die dritte Schicht +30 Prozent bis 2021 (2.430 Euro ab 1.5.2019, 2.651 Euro ab 1.5.2020, 2.872 Euro ab 1.5.2021)
- Zulagen +2,5 Prozent
- Aufwandsentschädigungen +2,0 Prozent
- Rechtsanspruch auf Papamonat
- Freizeitoption: Der/Die einzelne ArbeitnehmerIn kann, wenn eine Betriebsvereinbarung abgeschlossen wird, anstelle der Ist-Lohn-Erhöhung 64 Stunden Freizeit pro Jahr vereinbaren
- Geltungstermin: 1. Mai

Ordentliche Realloohnerhöhungen erreicht. Ebenfalls erfolgreich abgeschlossen wurden die Verhandlungen in der Elektro- und Elektronikindustrie (EEI), mit rund 50.000 Beschäftigten die zweitgrößte Industriebranche des Landes nach der Metallindustrie. In lohnrechtlicher Hinsicht beinhaltet der Abschluss eine mit 1. Mai in Kraft tretende Erhöhung der KV-Mindestlöhne um 3,4 Prozent sowie eine Ist-Lohn-Steigerung von 3,2 Prozent. Der neue kollektivvertragliche Mindestlohn beträgt damit 1.862,20 Euro. Die Freizeitoption ist im EEI-KV dauerhaft verankert. Die Ist-Lohn-Erhöhung kann mit dem vorliegenden Abschluss für jährlich 64 Stunden zusätzliche Freizeit eingetauscht werden. Voraussetzung ist eine Betriebsvereinbarung.

100 % Zuschlag für 11. und 12. Stunde. Zweiter Verhandlungsschwerpunkt neben kräftigen Lohnerhöhungen ist für die Gewerkschaften ein Ausgleich für die seit 1. September geltenden Verschlechterungen aus dem Arbeitszeitgesetz der Regierung. Die Zielsetzung: Überlange Arbeitstage müssen die Ausnahme bleiben. Und wenn sie doch geleistet werden, dann muss sich das für

die Beschäftigten auszahlen. Seit Herbst 2018 hat die PRO-GE bereits in über 20 Kollektivverträgen entsprechende Regelungen erreicht, und die Abschlüsse der Frühjahrslohnrunde machen keine Ausnahme. 100-prozentige Zuschläge

Textilindustrie

- Ist-Löhne LG A bis D +3,0 Prozent, LG E bis F +2,8 Prozent
- Lehrlingsentschädigungen +50 Euro (+5,88 Prozent im Durchschnitt)
- Aufwandsentschädigungen +2,0 Prozent
- 100 Prozent Überstundenzuschlag ab 11. Std./Tag und 51. Std./Woche ab 1.1.2020
- Bezahlte Pausen vor langen Arbeitszeiten (mindestens 10 Minuten)
- Antrittsrecht für Zeitguthaben bei Neueinstellung über Verbrauchszeitpunkt für bis zu 5 Arbeitstage/Schichten
- Volle Anrechnung von Karenzzeiten auf Vorrückungen für 22 Monate pro Kind
- Kündigungstermine bei AG-Kündigung im ersten Arbeitsjahr 15. und Monatsletzter, danach zum Monatsletzten
- Regelung zur Entlohnung von PflichtpraktikantInnen
- Gespräche zur Einführung von Kompetenz-/Dienstalterszulagen
- Geltungstermin: 1. April

auf die 11. und 12. Tagesarbeitsstunde und ab der 51. Stunde in der Woche gelten in der EEI ab 1. Mai, in Papier- und Textilindustrie ab 1.1.2020. Hinzu kommen zusätzliche bezahlte Pausen (EEI und Textilindustrie) und verbesserte Antrittsrechte beim Verbrauch von erworbenen Zeitguthaben (Textil- und Papierindustrie).

Innovationsmotor Elektronikindustrie.

2013 war die Elektro- und Elektronikindustrie die erste Branche, in der die Freizeitoption vereinbart wurde. 2019 ist die EEI wieder einmal Vorreiterin und verankert erstmals in der Industrie einen Rechtsanspruch auf den Papamonat. „Wo die Regierung nur leere Versprechen zustande bringt, schaffen wir eine kollektivvertragliche Lösung für den Papamonat“, freut sich PRO-GE Verhandlungsleiter Rainer Wimmer. Mit einer Verbesserung für Familien kann auch der Abschluss in der Textilindustrie aufwarten, wo eine volle Anrechnung von Karenzzeiten auf Vorrückungen für 22 Monate pro Kind erreicht wurde.

Chemie: Schwierige Verhandlungen. Zur Drucklegung dieser Ausgabe der „Glück auf!“ noch ausständig war eine Einigung für die rund 45.000 Beschäftigten der Chemischen Industrie, Österreich dritt-

Papier- und Pappenindustrie

- KV-Mindestlöhne und Ist-Löhne +3,2 bis 3,4 Prozent, mindestens jedoch 80 Euro
- Lehrlingsentschädigungen +3,4 Prozent
- Aufwandsentschädigungen und Zulagen +3,4 Prozent
- Nachtschichtzulage +5,36 Prozent
- 100 Prozent Überstundenzuschlag ab 11. Std./Tag und 51. Std./Woche ab 1.1.2020
- Verbesserungen beim Verbrauch von erworbenen Zeitguthaben
- Kündigungstermine bei Arbeitgeberkündigung im ersten Jahr zum 15. und Monatsletzten, danach zum Monatsletzten
- Geltungstermin: 1. Mai

größter Industriebranche. Nach drei erfolglosen Verhandlungsrunden wurden vor der für 29. April angesetzten vierten Runde bundesweit Betriebsversammlungen durchgeführt. Tagesaktuelle Berichte von den KV-Verhandlungen gibt es auf proge.at. In weiterer Folge wird die Frühjahrslohnrunde 2019 im Mai und Juni mit den Verhandlungen in der Schuhindustrie, Lederwaren- und Kofferindustrie sowie Glashüttenindustrie und Glasbe- und -verarbeitenden Industrie fortgesetzt.

AKTUELLE KOLLEKTIVVERTRAGSABSCHLÜSSE

Ab 1. Jänner:

Essig-, Essenzen- und Spirituosenindustrie: KV-Löhne +2,95 Prozent, neuer Mindestlohn 1.659,15 Euro; Dienstalterszulagen +2,95 Prozent; Lehrlingsentschädigungen +2,95 Prozent; Zehrgelder +2,0 Prozent; Überzahlungen bleiben voll aufrecht; 100 Prozent Zuschlag für die 11. und 12. Std. am Tag und ab der 51. in der Woche, Umkleidezeit wird als Arbeitszeit (8 Minuten) berechnet; Bahnermäßigungskarte für Berufsschulbesuch in anderem Bundesland.

Ab 1. Februar:

Gewürzindustrie: KV-Löhne +2,9 Prozent, neuer Mindestlohn 1.556,36 Euro; Dienstalterszulagen +2,9 Prozent; Lehrlingsentschädigungen +2,9 Prozent; euromäßige Überzahlung über den Kollektivvertrag bleibt aufrecht; Zustimmung des Betriebsrates bei einer 11. und 12. Arbeitsstunde am Tag, bezahlte Pause bei Leistung einer 11. und 12. Arbeitsstunde am Tag, Umkleidezeit wird als Arbeitszeit (8 Minuten pro Arbeitstag) berechnet.

Ab 1. März:

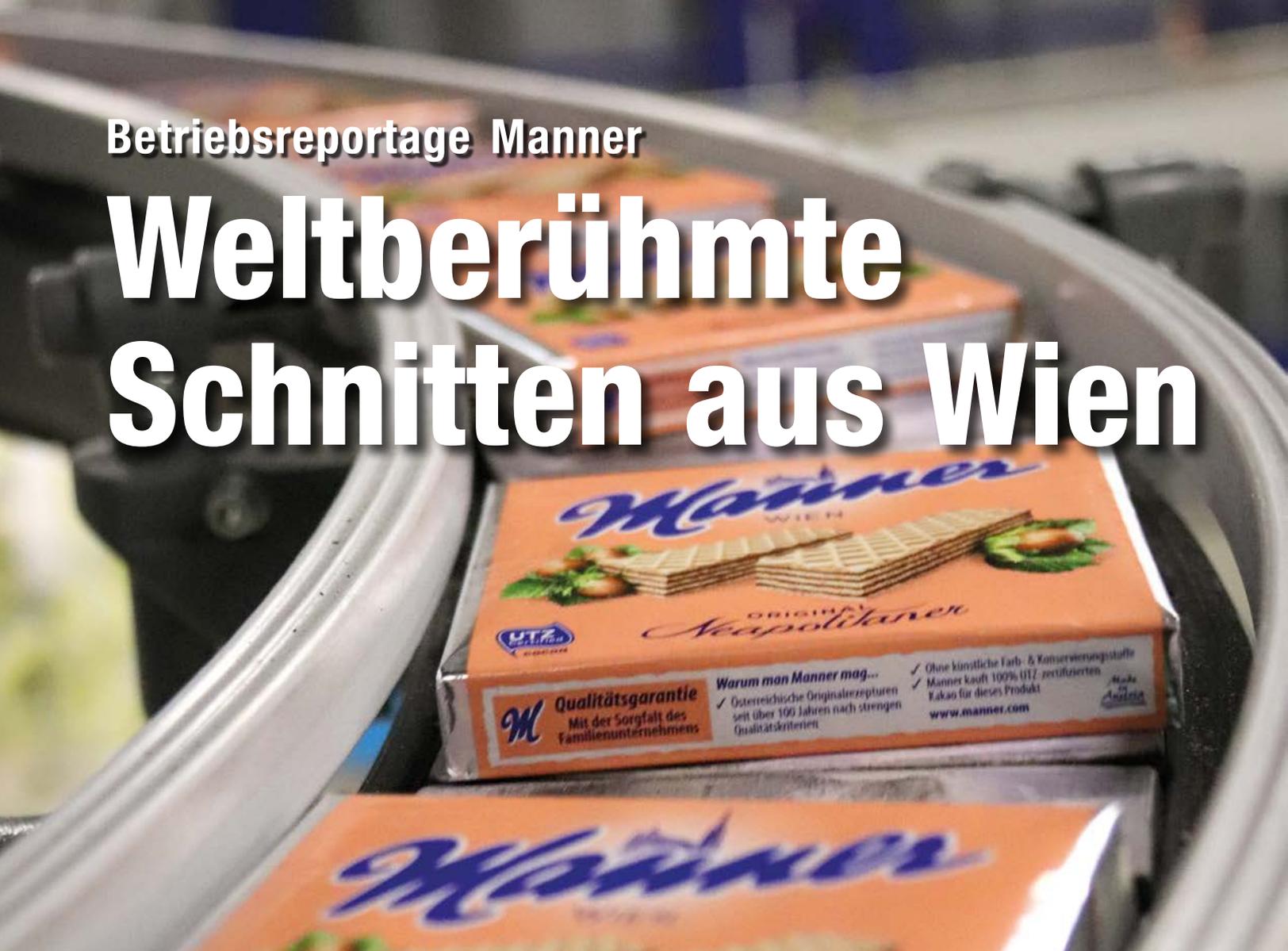
Geflügelindustrie: KV-Löhne +2,9 Prozent, neuer Mindestlohn 1.512,37 Euro; Dienstalterszulagen und Zehrgelder +2,9 Prozent, Überzahlungen bleiben in voller Höhe aufrecht; Zustimmung des Betriebsrates bei einer 11. und 12. Arbeitsstunde am Tag, bezahlte Pause bei Leistung einer 11. und 12. Arbeitsstunde am Tag, Umkleidezeit wird als Arbeitszeit (8 Minuten pro Arbeitstag) berechnet.

Gewerbliche Forstunternehmen: KV-Löhne +2,6 Prozent; Gerätefahrer- und Partieführerzulage +2,6 Prozent, Lehrlingsentschädigung +2,6 Prozent, Motorsägenpauschalien für Anschaffung und Instandsetzung +2,6 Prozent erhöht; Neuregelung der Reiseaufwandsentschädigungen gemäß § 5, Einfügung einer Karenzanrechnungsregelung, textmäßige Überarbeitung der Dienstverhinderungsgründe § 13 an die Gesetzeslage.

Gewerbliche Friedhofsgärtnereibetriebe: KV-Löhne +2,5 Prozent, Lohngruppe GartenarbeiterIn in den ersten zwei Jahren +3,4 Prozent, neuer Mindestlohn 1.404,65 Euro; Vereinbarung zum Erreichen von 1.500 Euro Mindestlohn; Lehrlingsentschädigungen +3,0 Prozent.

Betriebsreportage Manner

Weltberühmte Schnitten aus Wien



Den unverwechselbaren Schokolade- und Waffelduft der Manner-Fabrik kennt wohl jede/r in Hernals und den umliegenden Wiener Gemeindebezirken. Aufmerksame BesucherInnen des Hauptwerks können nahe der Anlieferung auch die eine oder andere Kakaobohne finden. Denn der typische Geschmack der Manner-Schokolade kommt daher, dass deren Herstellung bei der rohen Bohne beginnt.

Manner verfolgt einen eher ungewöhnlichen, aber traditionsreichen Weg, was den Standort angeht: Statt auf der grünen Wiese neu zu bauen, wurde das seit bald 130 Jahren bestehende innerstädtische Werk gerade ausgebaut. Für 40 Millionen Euro wurde in einem der beiden Innenhöfe ein siebenstöckiges Produktionsgebäude errichtet. Neben einem Hochregallager gibt es nun genug Platz für Waf-

felöfen, Creme-Erzeugung und Verpackungsmaschinen. „Fabriken sind in den Städten eigentlich höchst sinnvoll. Wir müssen die Arbeit näher zum Menschen bringen“, ist ArbeiterInnenbetriebsrat Christian Hackl überzeugt, der selbst nicht weit vom Werk wohnt. Rund die Hälfte der 251 Beschäftigten ist in Wien wohnhaft. Im Wiener Stammbetrieb werden neben den berühmten Schnitten auch Kekse, Biskotten, Lebkuchen und Schokolade erzeugt.



30 verschiedene Nationalitäten sind unter den Beschäftigten vertreten, was nicht immer unproblematisch ist. „Als Betriebsräte versuchen wir dann zu vermitteln“, erzählen ArbeiterInnenbetriebsrat Christian Hackl (li.) und Angestelltenbetriebsrat Peter Freudenschuss (re.).



Im siebenten Stock beginnt der eigens entwickelte, vertikale Produktionsablauf mit der vollautomatisierten Herstellung der Streichmassen. Nur bei speziellen Cremes müssen Zutaten händisch beigemischt werden.



Ein Arbeiter ist für den gesamten Produktionsablauf eines Waffelofens zuständig. Am Ende schichtet ein Roboterarm die fertigen Waffeln in Kisten.



Mit dem Schließen des Werks in Perg wurde 2016 der weltgrößte Waffelofen zerlegt und im vierten Stock des neuen Gebäudes wiederaufgebaut. Auch kleinere Waffelöfen stehen hier. Die Abwärme aus dem Backprozess wird teilweise umgewandelt und zum Kühlen verwendet, der Rest wird in das Fernwärmenetz gespeist.



Die Erzeugnisse werden regelmäßig streng auf Qualität, aber auch auf äußerliche Kriterien wie gleichmäßige Dicke kontrolliert.



Um Wege kurz zu halten, wurde eine neue Werkstatt in der gleichen Etage der Öfen eingerichtet.



Die Verpackung erfolgt weitgehend automatisiert, ebenso das Aussortieren beschädigter Ware.



Lager und Logistik befinden sich im Erdgeschoß. Von hier werden die Produkte in über 50 Länder weltweit geliefert.

PRO-GE Jugend-Kampagne

„Mei JVR is ned deppat!“

JugendvertrauensrätInnen (JVR) sind die „KlassensprecherInnen“ für die jungen KollegInnen im Betrieb. Ab fünf jugendlichen ArbeitnehmerInnen, die dauerhaft in einem Betrieb beschäftigt sind, kann ein Jugendvertrauensrat gewählt werden. Damit jede/r während der Lehrzeit seine VertreterInnen bestimmen kann, erfolgt die Wahl alle zwei Jahre.



In den Produktionsbetrieben der PRO-GE gibt es 845 JugendvertrauensrätInnen und es werden mehr. „Die steigende Zahl an JugendvertrauensrätInnen zeigt, dass den Jugendlichen Mitbestimmung sehr wichtig ist“, sagt der PRO-GE Bundesjugendvorsitzende Josef Rehberger. Der Jugendvertrauensrat ist für Lehrlinge bis 21 Jahre und jugendliche ArbeitnehmerInnen bis 18 Jahre der wichtigste Ansprechpartner bei Schwierigkeiten im Betrieb. „JugendvertrauensrätInnen lösen oft Probleme, noch bevor sie entstehen“, weiß auch Stefan Laufenböck, der neue Bundesjugendsekretär der PRO-GE. Der Oberösterreicher war selbst lange Zeit Ju-



Stefan Laufenböck:
„Der JVR löst Probleme, bevor sie entstehen.“

gendvertrauensrat und weiß, wie wichtig es ist, den Lehrlingen und Jugendlichen eine starke Stimme zu geben.

Eine Vertretung mit langer Tradition. „JugendvertrauensrätInnen arbeiten im gleichen Betrieb und haben oft die gleiche Ausbildung gemacht. Sie verstehen also die jugendlichen ArbeitnehmerInnen“, so Laufenböck. Ein guter Jugendvertrauensrat ist auch Garant für eine qualitativ hochwertige betriebliche Ausbildung. Seit 1. Jänner 1973 gibt es die Möglichkeit, einen JVR zu wählen. Trotz der langen Tradition ist der Stellenwert der Jugendvertretung in manchen Betrieben noch ausbaufähig. Die PRO-GE Jugend startet aus diesem Grund die Kampagne „Mei JVR is ned deppat“, um darauf hinzuweisen, wie wichtig ein Jugendvertrauensrat ist.

Elektro- und Elektronikindustrie:

Bis zu 22 Prozent mehr für Lehrlinge

Die Lehrlinge in der Elektro- und Elektronikindustrie (EEI) können sich freuen. Seit 1. Mai bekommen sie zwischen 150 und 280 Euro mehr pro Monat.

Abschluss hat damit Vorbildwirkung – er ist sensationell!“ Seit 1. Mai 2019 bekommen Lehrlinge zwischen 150 und 280 Euro mehr pro Monat.

Unser Einsatz hat sich voll und ganz ausgezahlt“, freut sich Josef Rehberger, Bundesjugendvorsitzender der PRO-GE, über die bei den Kollektivvertragsverhandlungen in der Elektro- und Elektronikindustrie erzielten Erhöhungen der Lehrlingsentschädigungen. „Erstmals wurde die Forderung nach 40 Prozent des FacharbeiterInnenlohnes für Lehrlinge im ersten Lehrjahr umgesetzt“, erklärt Rehberger. „Der

Die neuen Lehrlingsentschädigungen (Beträge in Euro):

Lehrlinge ohne Matura

1. Lehrjahr	882,75	1. Lehrjahr	1.103,44
2. Lehrjahr.....	1.103,44	2. Lehrjahr	1.434,47
3. Lehrjahr	1.324,13	3. Lehrjahr	1.655,16
4. Lehrjahr	1.765,50	4. Lehrjahr	1.875,85

Europäische Bürgerinitiative

Wohnen muss für alle leistbar sein!

AktivistInnen aus Spanien, Deutschland, Portugal, Zypern, Kroatien, Schweden und Österreich haben sich zusammengeschlossen. Sie fordern von der EU Regelungen, um die Verteuerung des Wohnraums zu stoppen.

LINKTIPP:

Unterstütze die Petition auf housingforall.eu



Wer auf der Suche nach einer neuen Wohnung ist und sich auf Immobilienplattformen umsieht, erkennt, dass Wohnen immer mehr zum Luxusgut wird. Nicht nur in Österreich steigen die Wohnungspreise, sondern in ganz Europa müssen die Menschen immer tiefer in die Tasche greifen. Mittlerweile geben 82 Millionen EU-BürgerInnen an, sich das Wohnen nicht mehr leisten zu können. In den meisten Mitgliedstaaten der EU steigen die Wohnkosten rascher als die Einkommen.

Leichter Zugang zu sozialem Wohnbau. Mit der Europäischen Bürgerinitiative „Housing for All“ will man nun die EU-Kommission dazu bringen, Maßnahmen zu setzen, um Wohnen wieder für alle leistbar zu machen. Die Initiatoren aus sieben

EU-Staaten wollen unter anderem eine Erleichterung des Zugangs zu sozialem Wohnbau für alle, öffentliche Investitionen in den sozialen Wohnbau sollen aus den Maastricht-relevanten Schulden herausgerechnet werden und für Kurzzeitvermietungen wie etwa über Airbnb soll fairer Wettbewerb, also eine ähnliche Besteuerung wie in der Hotellerie gesichert werden.

Eine Million Unterschriften. Damit die Europäische Bürgerinitiative von der Kommission behandelt wird, müssen mindestens eine Million Unterschriften von EU-BürgerInnen aus mindestens sieben Staaten gesammelt werden, wobei in jedem dieser sieben Staaten ein Mindestwert erreicht werden muss. In Österreich liegt dieser bei 13.500 UnterstützerInnen.

Internationale Solidarität

Wiener Memorandum: Europapolitisches Manifest

Im Mittelpunkt steht die Abwehr von Angriffen auf ArbeitnehmerInnenrechte und Strategien gegen den Rechtspopulismus.

Das Wiener Memorandum wurde 1999 ins Leben gerufen, um die Zusammenarbeit der mitteleuropäischen Produktionsgewerkschaften zu verbessern. GewerkschafterInnen aus Bayern, Tschechien, Slowenien, der Slowakei, Ungarn und Österreich treffen sich einmal jährlich, um über aktuelle tarifpolitische Entwicklungen zu beraten und gemeinsame Handlungsstrategien zu entwerfen.

Sichere Pensionssysteme. Beim diesjährigen Meeting in Budapest wurde ein 15-Punkte-Programm für ein soziales Europa verabschiedet und es wurde ein Pensionssystem gefordert, das den älteren Menschen ein Leben in Würde sichern soll. Die Finanzierung des Rentensystems muss nachhaltig sein und Unternehmen, die vom Rationalisierungsprozess profitieren, sollen mehr zum System beitragen.

Soziales Europa. Weiters wird die Wichtigkeit eines freien, demokratischen und solidarischen Europas betont. Die EU ist notwendig, um die Arbeits- und Lebensbedingungen der Beschäftigten in

Europa zu verbessern. Das Wiener Memorandum will ein soziales Europa und ruft die Beschäftigten auf, sich an den Europawahlen von 23. bis 26. Mai 2019 zu beteiligen.



Achtung Kamera



Unser Wasser schützen – ISDS stoppen: Auch die PRO-GE war bei der Info-Aktion der Plattform „Anders Handeln“ in der Wiener Innenstadt zum Weltwassertag am 22. März 2019 dabei.



Martina Schneller (Bild Mitte) von der internationalen Abteilung der PRO-GE präsentiert die Broschüre „20 Jahre Wiener Memorandum“. Mehr Infos zur letzten Konferenz gibt es auf Seite 19.



Danube@Work hat zum internationalen Treffen in Wien im März eingeladen. GewerkschafterInnen aus Serbien und Österreich haben über die Auswirkungen der Digitalisierung und Automatisierung in der Fleischindustrie beraten.



Betriebsräte präsentieren stolz ihre Urkunden bei der diesjährigen Diplomverleihung der PRO-GE Bildungsabteilung.



Die Beschäftigten der PRO-GE schicken ihre herzlichen Grüße an die „Glück Auf!“-LeserInnen.



Das Siegerfoto des 27. Kärntner Stockturniers der Ortsgruppe Mittelkärnten zeigt die Gewinner von DonauChem, die sich den ersten Platz erspielt haben.



PRO-GE Mitgliederehrung in Micheldorf (OÖ): 47 Mitglieder wurden für ihre jahrzehntelange Mitgliedschaft geehrt. Bezirksvorsitzender Hubert Wildauer, PRO-GE Vorsitzender Hans-Karl Schaller, PRO-GE Bezirkssekretär Thomas Auer, 60er-Jubililar Otto Buchegger und Bundessekretär der PRO-GE Reinhold Binder (v. l.).



PRO-GE Vorsitzender Rainer Wimmer bei einer Betriebsversammlung der voestalpine Stahl in Linz im April.

Alles, was Recht ist

Erfolgreiche Kündigungsanfechtung

Die PRO-GE erreichte für einen 55-jährigen Maschinenschlosser die Wiedereinstellung und eine Nachzahlung von über 40.000 Euro.

Seit seiner Lehre, also seit über 39 Jahren, war Thomas N.* bereits in einem niederösterreichischen Metallbetrieb beschäftigt und dort als einziger Maschinenschlosser für die Instandhaltung tätig. 2017 wurde er gekündigt. Auf Nachfrage des Betriebsrats, warum er gekündigt worden war, bekam er keine Antwort. Der Betriebsrat widersprach der Kündigung, Thomas N. wandte sich als Gewerkschaftsmitglied an die PRO-GE. Aufgrund seines Alters, der angespannten Arbeitsmarktsituation und der langen Betriebszugehörigkeit beschloss er, die Kündigung anzufechten. Die PRO-GE gewährte ihm Rechtsschutz und übernahm die kostenlose Vertretung vor Gericht.

Vor dem Landesgericht Wiener Neustadt wurde nun die Frage geklärt, ob die Kündigung sozial ungerechtfertigt war (siehe Kasten unten). Zunächst wurde festgestellt, dass „keinerlei nachvollziehbare wirtschaftliche Begründung für die vorliegende Kündigung“ vorgebracht wurde. Thomas N. war der einzige Betriebsschlosser im Bereich Wartung und Instandhaltung. Er führte seine Arbeiten immer ordnungsgemäß durch, Arbeitsleistung bzw. -qualität wurden nie beanstandet. Er war engagiert und leistete auch häufig Überstunden, er war immer zur Stelle, wenn man ihn brauchte. Dass diese Arbeiten nun laut Betrieb von anderen MitarbeiterInnen erledigt werden bzw. aufgeteilt werden sollten, stellte laut Gericht kein betriebliches Erfordernis zur Kündigung dar.

Das Unternehmen führte weiters persönliche Verfehlungen als Grund für die Kündigung an. So wurden ihm verbale Entgleisungen und Beschimpfungen von Vorgesetzten vorgeworfen und der Verdacht angeführt, Thomas N. hätte ein Alkoholproblem. Schließlich wurde behauptet, er hätte während der Arbeitszeit mit Firmenmaterial eine Skulptur für private Zwecke angefertigt.

Keine Beweise erbracht. Das Gericht stellte fest, dass die verbale Entgleisung – sollte sie denn stattgefunden haben – jedenfalls als verfristet anzusehen sei. Angeblich schimpfte Thomas N. telefonisch gegenüber einer Mitarbeiterin über einen Vorgesetzten, was die Mitarbeiterin dem Vorgesetzten (zumindest in Grundzügen) auch mitteilte. Da zwischen dem vermeintlichen Vorfall und dem Ausspruch der Kündigung über drei Monate vergangen waren, sah das



Gericht darin keinen rechtlich relevanten Grund für die Kündigung. Was den Verdacht des Alkoholproblems angeht, konnte niemand im Betrieb, auch nicht sein direkter Vorgesetzter, je Alkoholisierungsmerkmale feststellen. In Bezug darauf stellte das Gericht außerdem fest, dass im Hinblick auf die propagierte „Null-Toleranz-Politik“ von Alkohol im Betrieb der Verkauf von Bier aus einem Automaten am Firmengelände, „sicherlich ein denkbar schlechtes Zeichen in Richtung Kampf gegen Alkohol“ sei. Schließlich konnte auch der Vorwurf der Verrichtung von Privatarbeiten nicht verifiziert werden. Mit dem Gerichtsurteil war die Kündigung rechtsunwirksam. Thomas N. ist seither wieder im Betrieb beschäftigt, außerdem musste das Unternehmen über 40.000 Euro nachzahlen.

**Name von der Redaktion geändert*

Recht erklärt von Robert Hauser, PRO-GE Rechtsbüro:

Eine Kündigung kann wegen Sozialwidrigkeit grundsätzlich innerhalb von zwei Wochen ab Erhalt angefochten werden, wenn man mindestens sechs Monate im Betrieb beschäftigt war und der Betriebsrat (sofern vorhanden) gegen die Kündigung ist. Aber auch in Betrieben ohne Betriebsrat ist eine Anfechtung möglich.



Sozial ungerechtfertigt ist eine Kündigung dann, „wenn wesentliche Interessen des Arbeitnehmers beeinträchtigt sind“, es sei denn, der Betriebsinhaber erbringt den Nachweis, dass die Gründe in der Person des Arbeitnehmers selbst liegen oder durch betriebliche Erfordernisse gerechtfertigt werden. Ziel einer Kündigungsanfechtung ist die Wiedereinstellung.

Verbringen Sie unvergessliche Urlaubstage



Preise für PRO-GE Mitglieder
pro Nacht inklusive Halbpension

Erwachsene	€ 75,00
Kinder bis 6-14 Jahre	€ 28,50
Jugendliche 15-17 Jahre	€ 47,00

Preise exkl. Kur-/Ortstaxe

Hotel Bad Hofgastein

Die Kombination von moderner Ausstattung, dem exklusiven Verbindungsgang zur Alpentherme Gastein und den einzigartigen Thermalwasserseen sind Garant für einen erholsamen Aufenthalt.

Freie Termine:

16. Mai bis 20. Mai	23. Juni bis 27. Juni
24. Mai bis 30. Mai	28. Juni bis 30. Juni
1. Juni bis 5. Juni	5. Juli bis 7. Juli
11. Juni bis 14. Juni	12. Juli bis 20. Juli



Erholungs- und Bildungszentrum Krumpendorf am Wörthersee

Der richtige Platz für den individuellen Sommerurlaub in familiärer Atmosphäre: In der schönen Ferienanlage kann der Tag mit einem Frühstück auf der herrlichen Seeterrasse begonnen werden. Der hauseigene Badestrand bietet zahlreiche Möglichkeiten für ungetrübten Badespaß. Auch sportliche Aktivurlauber finden in der Wörthersee Region umfangreiche Freizeitangebote.

Preise für PRO-GE Mitglieder

pro Nacht (exkl. Ortstaxe):

Doppelzimmer	€ 75,00
Einzelzimmer	€ 56,00

Appartementpreise auf Anfrage

Frühstücksbuffet
pro Person € 9,50



All unsere Gäste erhalten kostenlos die „Wörthersee Plus Card“

Freie Termine
in den Sommermonaten Juli und August 2019
Kurzfristige Buchung möglich!

Anmeldung: PRO-GE Urlaub & Seminar GmbH, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1, Telefax (01) 53 444-103211, E-Mail: urlaub@proge.at, www.proge-urlaub.at

Reservierung & Information: Telefon (01) 53 444-69707 DW

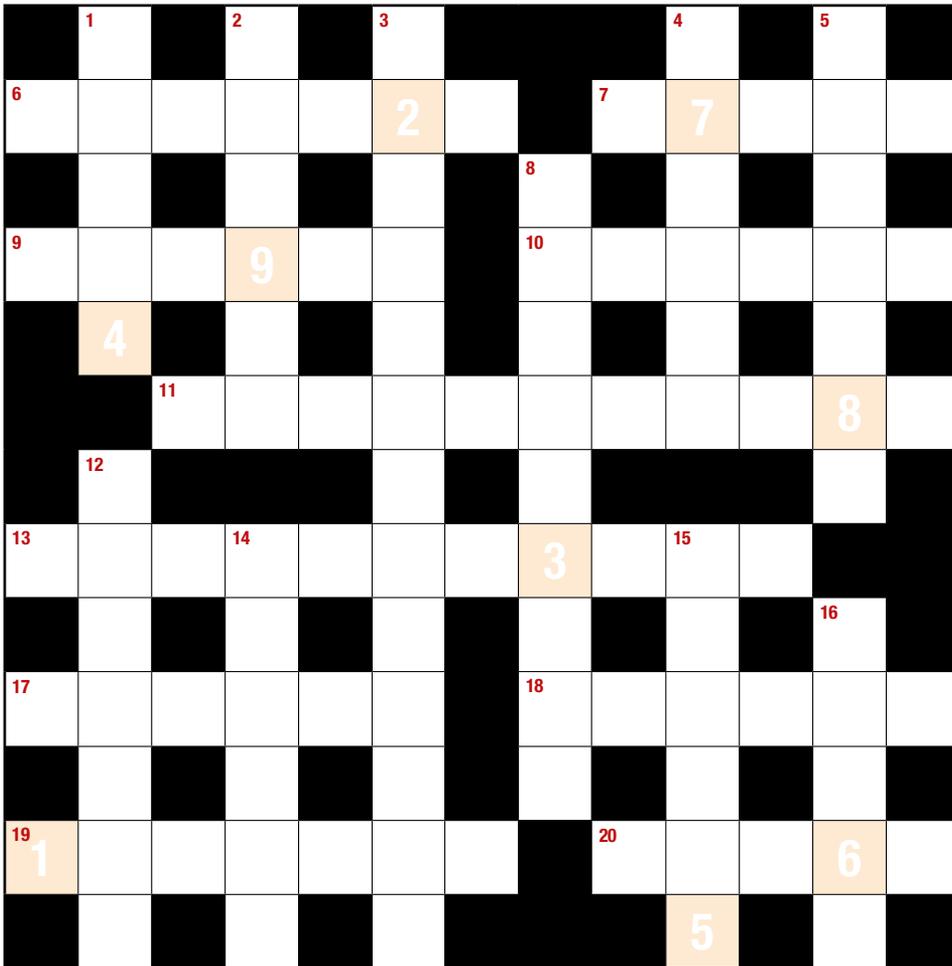
Preisrätzel



Zu gewinnen gibt es

2x2 Freikarten Schloss-Spiele Kobersdorf
für die Vorstellung am Sonntag, den 7. Juli 2019

HINWEIS: Die Buchstaben in den unterlegten Feldern ergeben aneinandergereiht ein wünschenswertes Lösungswort.



Schicke das Lösungswort mit **Namen, Mitgliedsnummer und Adresse** bis 7. Juni 2019 an **PRO-GE**, Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien (bitte ausreichend frankieren) oder per Mail an glueckauf@proge.at

Waagrecht:

- 6 Sein Vorstadtmädel spielt's im Schloss: größter Juxmacher unserer Bühnen (s. S. 12)
- 7 Die Bohnen dürfen beim Waffelbäcker von S. 16 nie fehlen
- 9 Zucker, auf den man in Ostfriesland große (!) Stücke hält
- 10 Reif für die Insel: „Zu wenig ist im Sommer do los,/ ich flieg nach Kreta oder –!“
- 11 Unterbezahlung auf (keine feine) englische Art (s. S. 10 und 11)
- 13 Auf dem Wasser transportieren – kann im Verkehr leider auch passieren
- 17 Raubkatze für die flotte Kühlerhaube
- 18 Hier haben EnglischkönnerInnen eine Zukunft, no?
- 19 Die sind im Papamonat sehr oft zu wechseln
- 20 Solche Progression ist auf frostige (!) Weise unerfreulich (s. S. 8)

Senkrecht:

- 1 Tritt-fester Ersatzteil im Radlager
- 2 Filmproduktionsort, klingt fast schon akademisch
- 3 Ganz schön europäisch, die Bürgerinitiative für leistbares Wohnen (3 Worte, s. S. 19)
- 4 Wenn der Gaul den Gang einlegt, geht er gestreckt oder schon durch?
- 5 Pop-Ikone, namentlich aus dem katholischen Umfeld
- 8 Arrest für Schläfer? So soll der Sommerurlaub sein...
- 12 ... und im Sonnenschein sorgt der Stoff für dunklen Teint
- 14 Kleines Übungsstück, am Klavier zu klimpern
- 15 Feine Wurst zu mehr? Die gehören zur Sonderausstattung!
- 16 Was Saisonniers mit harter Arbeit einbringen (s. S. 10)

LÖSUNGSWORT aus der vorigen Ausgabe **GLÜCK AUF!: FORDERUNG**

Die Gewinner der Ausgabe 1/2019 GLÜCK AUF!
Stephan Moser, Jakob Mutz, Margarethe Lendl



Ein Ersuchen des Verlages an die/den Briefträger/in:

Falls Sie diese Zeitschrift nicht zustellen können, teilen Sie uns bitte hier den Grund und gegebenenfalls die neue oder richtige Anschrift mit

Straße/Gasse Haus-Nr. / Stiege/ Stock/ Tür

Postleitzahl Ort

Besten Dank

Telefon 0664/2002510 oder 0664/8271993

Email office@tecnobike.at oder office@e-m-b.at



Wienerstrasse 54 A-8605 Kapfenberg
Tel.: +43 (0) 664/82 71 993 office@e-m-b.at

Gewerkschafts - Mitglieder - Aktion

Gesundheit und Wohlbefinden ist unser Ziel, das Fahrrad ist der Weg dorthin!

- 29" Zoll MTB BE32
- 9 Gang Shimano Kettenschaltung
- Bottecchia Mittelmotor ETR3
- 36V / 14Ah Akku 504Wh
- Integrierter Rahmenakku
- Lenker LockOut



statt € 2.399,00
nur € 1.899,00



statt € 1.699,00

nur € 1.199,00

- Trekkingbike 28" Fischer
- 36V / 14,5Ah Akku 522Wh
- Heckmotor mit 250 Watt
- Volllausstattung
- 24 Gang Shimano Kettenschaltung



statt € 1.499,00
nur € 999,00



V-Brakes
verstellbarer Lenker

- CITYBIKE 28 Zoll I-Cycle
- 8 Gang Shimano RevoShift
- 36V / 13 Ah Akku / 470Wh
- Heckmotor mit 250 Watt
- gefederte Sattelstütze
- Tiefeinsteiger